

Beschlussempfehlung

Hannover, den 19.03.2019

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

**Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen,
Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1394

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Andrea Schröder-Ehlers
Vorsitzende

(Verteilt am 20.03.2019)